Niederschrift

Gremium	Sitzung - FuG/004(V)/09			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Familie und Gleichstellung	Dienstag, 10.11.2009	Altes Rathaus, Beimszimmer	16:30Uhr	18:30Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 13.10.2009
- 4 Öffentliche Sprechstunde
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 Frauenförderplan 2008 - 2010 - Umsetzung des Ziels 4.2 "Erhöhte Gender-Kompetenz von Frauen und Männern" - DS0373/09
- 5.2 Pilotprojekt - Integrierte Sozialarbeit - Sozialregion Nord I0279/09
- 5.3 Soziale Schuldnerberatung I0281/09
- 5.4/ 5.5 Vergabe von Kita-Plätzen in der Landeshauptstadt Magdeburg A0159/09
S0293/09
- 6 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frömert, Regina

Mitglieder des Gremiums

Meyer, Steffi

Ansorge, Jens

Giefers, Thorsten

Sachkundige Einwohner/innen

Fund, Claudia

Hausmann, Christian

Geschäftsführung

Ponitka, Heike

Uhlemann, Yvonne

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Pott, Alexander Prof.Dr.

Schuster, Frank

Hein, Rosemarie Dr.

Sachkundige Einwohner/innen

Frohberg, Michaela

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Frömert begrüßt alle anwesenden MitgliederInnen und Gäste, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ungeändert beschlossen (5 / 0 / 0).

3. Genehmigung der Niederschrift vom 13.10.2009

Die Niederschrift der Ausschusssitzung vom 13.10.09 wird bestätigt.

Abstimmung: 2 / 0 / 2

4. Öffentliche Sprechstunde

Die öffentliche Sprechstunde wird nicht genutzt.

5. Beschlussvorlagen

5.1. Frauenförderplan 2008 - 2010 - Umsetzung des Ziels 4.2 "Erhöhte Gender-Kompetenz von Frauen und Männern" - DS0373/09

Frau Frömert sagt, dass der Oberbürgermeister diese Drucksache bereits beschlossen hat und dem Ausschuss nun zur Kenntnis gibt.

Hintergrund dieser Drucksache ist die Geschlechterfrage in Umsetzung mit den Führungskräften.

Frau Frömert bittet die AusschussmitgliederInnen um Zustimmung zu folgendem Antrag:

„Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten im 4. Quartal 2010 eine Berichterstattung darüber zu geben, welche Projekte mit welchen Zielen – ggf. mit welchen Ergebnissen – initiiert wurden.

Begründung:

In der Drucksache DS0373/09 hat der Oberbürgermeister beschlossen, dass aufbauend auf einer Schulung zur erhöhten Gender-Kompetenz in den Dezernaten Projekte mit genderspezifischer Ausrichtung initiiert werden.

Dem Stadtrat und seinem FuG-Ausschuss wird empfohlen, deren Ergebnisse als Teil der Abrechnung des Frauenförderplans 2008 – 2010 zur Kenntnis zu nehmen und möglicher Weise Schlussfolgerungen abzuleiten.“

Frau Meyer spricht sich für diesen Antrag aus. Durch diesen Antrag wird aus ihrer Sicht eine bessere Kontrolle der Ziele gewährleistet.

Frau Ponitka sagt, dass ein nächster Schritt eine entsprechende Schulung für alle AmtsleiterInnen und FachbereichsleiterInnen sei. Auch sie begrüßt diesen Antrag.

Herr Hoffmann (CDU), Vertreter für Herrn Schuster, fragt, warum es in der Drucksache „Frauenförderplan“ heißt, wenn es doch eigentlich um mehr Gender-Kompetenz für Frauen und Männer geht?

Frau Frömert sagt kurz dazu, dass es nach wie vor notwendig ist Frauen zu fördern, damit sie auch in Führungspositionen kommen. Der Anteil an Frauen in diesen Positionen ist nach wie vor noch nicht ausreichend. Gemäß des Landesgesetzes hat die Stadtverwaltung beschlossen, einen Frauenförderplan zu erarbeiten. 2011 wird dann sicher neu über die Fortschreibung diskutiert werden. Dies richtet sich auch nach dem Landesgesetz bis dahin.

Frau Ponitka fügt hinzu, dass die Stadt Magdeburg hier den § 20 des Frauenfördergesetzes LSA umsetzt.

Frau Frömert bittet nun um Abstimmung zum genannten Antrag. Die Stellung des Antrages an den Stadtrat wird 4 / 0 / 1 befürwortet.

Herr Ansorge trifft ein. Gemäß vorheriger Absprache, wird Herr Ansorge die Leitung der heutigen Sitzung ab jetzt übernehmen. Frau Frömert muss an einer anderen Ausschusssitzung teilnehmen. Frau Frömert verlässt die Sitzung. Als Vertreterin ist Frau Meinecke anwesend.

5.2. Pilotprojekt - Integrierte Sozialarbeit - Sozialregion Nord

I0279/09

Herr Hans, Vertreter für Frau Hein, bringt den Antrag der Fraktion DIE LINKE. kurz ein.

Anschließend erhält Herr Brüning, BG V, das Wort:

- Der Auftrag des Antrages A0239/08, welcher am 26.03.2009 vom Stadtrat beschlossen wurde, lautete bis zum 30.09.2009 entsprechend des Antrages zu prüfen.
- Die bisher geleistete Arbeit wurde für die Sozialregion Nord auf den Prüfstand gestellt.
- Es wurde sich gefragt, wie das Hilfsangebot aufgebaut ist und ob wir in der Lage sind, das zu leisten.
- Wohnortnahe Hilfen müssen erschlossen werden.
- Ein Ziel soll sein, Langzeitarbeitslose zu motivieren und zu aktivieren. Der Tagesablauf soll gestaltet werden und das Interesse soll geweckt werden.
- Es sollten Schuldnerberatungsangebote vor Ort geschaffen werden.
- Die Lebenslagen der Betroffenen im Umfeld der jeweiligen Einrichtung sollen das Angebot bestimmen.
- Familienpaten sollen unterstützt werden.
- Viele Senioreneinrichtungen z. B. werden gut angenommen, aber es könnten noch mehr Menschen dort Hilfe bekommen.
- Neue Möglichkeiten in den Stadtteilen müssen zusammen mit den Trägern „erstritten“ werden.
- Die fortgeschrittenen Erkenntnisse und Erfahrungen müssen weiter umgesetzt und voran gebracht werden.
- Von 230.000 EinwohnerInnen leben ca. 60.000 Menschen an der Armutsgrenze!
- Kinder von Bedürftigen sollen in Zukunft nicht nur die Perspektive ihrer Eltern haben!

Herr Ansorge eröffnet die Diskussion.

Herr Hausmann spricht sich für die Umsetzung des Pilotprojektes aus und bittet darum, die GWA's in den Stadtteilen in die Arbeit mit einzubeziehen.

Herr Giefers sagt, dass die Analyse die gemacht wurde, genau richtig ist. Es gibt zu viele Langzeitarbeitslose und Kinder die dieses „Vorbild“ haben. Es sollte auch geprüft werden, wo Fördermittel für Projekte beantragt werden können. Er findet es sehr positiv, dass versucht wird, neue Wege zu gehen. Wichtig ist auch die Erreichbarkeit der Angebote. Es muss auch trägerübergreifend gearbeitet werden.

Herr Ansorge ist dafür, dass diese Information nicht abschließend im Stadtrat behandelt wird. Er bittet dies mit in die Fraktionen zu nehmen. Auch sollten die Angebote niedrigschwellig sein.

Frau Ponitka merkt an, dass diese Information auch ein Anliegen des Amtes 16 unterstützt, wohnortnahe Hilfen anzubieten. Die Betroffenen haben nur sehr begrenzte Mittel, um die Gebühren der MVB bezahlen zu können.

Abschließend wird die Information I0279/09 zur Kenntnis genommen (5 / 0 / 0).

5.3. Soziale Schuldnerberatung

I0281/09

Frau Seidel, Amt 50, bringt die Information ein.

Weiter sagt sie, dass für die Basis-Schuldnerberatung 7 Stunden zur Verfügung stehen. Dann wird abgeschätzt, ob weitere Beratungen notwendig sind. Wenn dem so ist, können noch einmal bis zu 20 Beratungsstunden gewährt werden.

Herr Ansorge begrüßt es sehr, dass nun auch Betroffene, bei denen der Arbeitsplatz gefährdet ist, diese Beratung in Anspruch nehmen können.

Herr Giefers merkt an, dass es für die Betroffenen ersichtlicher sein muss, was die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Beratungsleistung sind. Hier sollte niedrigschwelliger gearbeitet werden.

Abschließend wird die Information I0281/09 zur Kenntnis genommen (5 / 0 / 0).

5.4. Vergabe von Kita-Plätzen in der Landeshauptstadt Magdeburg

A0159/09

Herr Hans, Fraktion DIE LINKE., bringt den Antrag kurz ein.

Grund des Antrages ist, dass viele Eltern keinen Kita-Platz finden, weil die Kapazitäten nicht da sind. Die Frage ist nun, ob es wirklich an zu wenigen Kapazitäten liegt, oder ob die Mehrfachanmeldungen der Eltern das eigentliche Problem sind. Es sollte eine zentrale Stelle geben, die freie Plätze bündelt. Die Träger könnten auch weiterhin „Bestimmer“ in den Einrichtungen bleiben.

Herr Ansorge stellt fest, dass dieses Thema kein Neues im FuG-Ausschuss ist und fragt nach, wie der aktuelle Stand zur Entwicklung einer entsprechenden Software ist.

Frau Pawletko antwortet, dass der IUK-Beirat am 26.10.2009 getagt hat und die Bestätigung des Oberbürgermeisters erhielt, die Entwicklung der Software in Auftrag geben zu können. Dieser Auftrag wird nun in Zusammenarbeit mit dem FB 01 vorbereitet. Im Laufe des nächsten Jahres soll die Pilotphase mit der Software beginnen. Zunächst erst mit einigen Trägern und Einrichtungen. Wenn möglich soll die Software 2011 eingeführt werden.

Leider zeichnet sich bereits heute ab, dass es im nächsten Jahr Stadtteile geben wird, in denen nicht ausreichend Kita-Plätze zur Verfügung stehen. Dieser Aussage liegen die Anmeldungen der Eltern zu Grunde. Stadtfeld ist z. B. nach wie vor ein beliebter Stadtteil bei den Eltern. In

Olvenstedt sieht das anders aus. Viele Eltern möchten nicht, dass ihre Kinder eine Einrichtung in Olvenstedt besuchen.

Weiter wurde eine Unter-AG „Rechtsanspruchssicherung“ gebildet. Außerdem ist es schwer, die Trägerautonomie zu wahren, wenn zentral verwaltet werden soll.

Herr Giefers sagt, dass die Bildung dieser AG zeigt, dass es ein Problem gibt. Es muss etwas an den Verträgen geändert werden. Die Registrierung auf nur noch einer Warteliste wäre zukünftig eine Möglichkeit. Die Eltern können sich die Träger aussuchen und suchen sich selbstverständlich die „Besten“ raus. Der Anbietermarkt muss durch den Kundenmarkt ersetzt werden. Es muss jetzt eine Zwischenlösung her.

Herr Hans merkt an, dass sich dieses Problem in den letzten Jahren verschärft hat. Vielleicht könnte man die Träger zu einer „freiwilligen Selbstverpflichtung“ bewegen, dass die Meldung an das Jugendamt erfolgt. Seiner Meinung nach ist es Aufgabe des Jugendhilfeausschusses, die Kapazitätsplanung immer im Auge zu behalten.

Frau Pawletko antwortet, dass es nicht möglich ist, wenn dann nur sehr schwer, auf die Kapazitätsprobleme schnell zu reagieren. Z. B. hat sich jetzt ein Träger dazu entschieden anzubauen. Der Ausbau dauert jetzt aber 14 Monate.

Herr Ansorge fügt hinzu, dass es im Moment nicht möglich ist eindeutig zu sagen, ob es in Magdeburg genügend Kita-Plätze gibt oder nicht.

Auf den Hinweis von Frau Ponitka, dass es eine Einrichtung gibt, die eine Art Kautions von 1.000 EURO verlangt, antwortet Frau Pawletko, dass es 7 Träger gibt, die ein zinsloses Darlehen anbieten oder Vereinsbeiträge verlangen.

Herr Giefers merkt dazu an, dass dies nur von Eltern verlangt wird, die es auch leisten können. Der Träger macht das, um die Einrichtung zu sanieren, denn es erfolgt keine weitere Unterstützung. Viele Einrichtungen sind in schlechten Zuständen. Er hält die Zahlung von Beiträgen für legitim. Allerdings nur von Eltern, die es auch zahlen können. Sicher ist auch, dass in diesen Einrichtungen kein großer Anteil von Hartz-IV-EmpfängerInnen-Familien zu verzeichnen ist. Hier könnte die Kommune eingreifen und die Hartz-IV-EmpfängerInnen finanziell unterstützen, damit die Kinder auch diese Einrichtungen besuchen können.

Herr Hans äußert empört, dass bürgerschaftliches Engagement nicht heißt, dass man sich irgendwo „einkaufen“ kann. Durch ein solches Engagement sollte kein besonderer Vorteil entstehen.

Frau Meinecke sagt dazu, dass es nicht nur um Alg-II-EmpfängerInnen geht – auch viele, die an der Armutsgrenze leben, sind davon betroffen.

Abschließend wird der Antrag A0159/09 abgelehnt (2 / 2 / 1) und die Stellungnahme S0293/09 zur Kenntnis genommen (5 / 0 / 0).

6. Verschiedenes

Herr Giefers macht auf die Armutstagung am 16. und 17.11.09 aufmerksam.

Frau Ponitka informiert über ein Fachgespräch am 25.11.2009 in der Zeit von 10.00 Uhr bis 12.00 Uhr im Francksaal anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Regina Frömert
Vorsitzende

Yvonne Uhlemann
Schriftführerin